

## STEUEROASEN SCHLIESSEN!

Für wirksame Maßnahmen gegen  
Steuerflucht und -vermeidung  
statt heißer Luft!

### Attac fordert:

- Ein *öffentliches* Unternehmensregister in Deutschland und Europa, das die natürlichen Personen benennt, die Eigentümer, Berechtigte und/oder Begünstigte einer Firma, einer Stiftung oder anderen juristischen Person sind.
- Pflicht zur länderspezifischen Berichterstattung aller Konzerne ab 40 Mio. Euro Umsatz: Für alle Staaten müssen Umsatz, Zahl der Beschäftigten, Investitionen, Gewinne und Steuernzahlungen veröffentlicht werden. Diese Berichte gibt es schon für alle Banken, die in der EU tätig sind.
- Eine Gesamtkonzernbesteuerung (Unitary Taxation), bei der jeder Konzern alle Aktivitäten sämtlicher Töchter in allen Ländern offenlegen und als Einheit bewerten und besteuern lassen muss.
- Einen automatischen Datenabgleich von Konto- und Depotdaten bei deutschen Banken für alle Bürger\_innen mit Auslandswohnsitz. Der Austausch sollte mit allen kooperativen Staaten ohne Bedingungen stattfinden.
- Ein Verbot aller Geschäftsbeziehungen von deutschen (EU-) Banken und Firmen mit nicht kooperativen Staaten und mit Unternehmen, die ihren Sitz in nicht kooperativen Staaten haben.
- Hohe Strafen für Bankvorstände, deren Banken solche Geschäftsbeziehungen nicht einstellen. Den Banken muss mit Lizenzentzug gedroht werden.
- Alle Geschäfte mit nicht registrierten Firmen werden für rechtlich ungültig erklärt.
- Banken müssen unter Strafan drohung verpflichtet werden, die Steuerbehörden über steuerrelevante Auslandssachverhalte von deutschen Steuerpflichtigen vollständig zu informieren (z. B. über Vermögenstransfers in Steueroasen). Andernfalls sind Zahlungen an dubiose ausländische Adressen mit einer Strafquellensteuer in Höhe von 50 Prozent zu belegen.
- Die Einführung von Quellensteuern für alle Auslandsüberweisungen unter Anrechnung von Steuern, die tatsächlich im Ausland gezahlt werden. So würden nicht nur sämtliche Auslandsüberweisungen besteuert, sondern es bestände auch eine Meldepflicht, die Geldtransfers überprüfbar machen würde.
- Die Einführung eines Unternehmensstrafrechtes bei Delikten, die mit Steuervermeidung, Schwarzgeld, Geldwäsche zu tun haben.
- Mehr Personal für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung
- Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung, die für die Steuerprüfung von Firmen mit über 100 Mio. Euro Umsatz zuständig ist.
- Whistleblower-Gesetze, die die Weitergabe von Firmendaten und Verwaltungsdaten zum Zwecke der Aufdeckung von Straftaten und Steuerhinterziehung grundsätzlich straffrei stellen.
- Die Spezifizierung des Strafrechts bei steuerrelevanten Delikten, so dass es nicht regelmäßig zu Deals zwischen den Steuerbehörden und Beschuldigten kommt.
- Eine Umsatzsteuer (Finanztransaktionssteuer) auf alle Finanztransaktionen, die das Casino auf den Finanzmärkten schließt.
- Die Beendigung des ruinösen Steuerwettbewerbs zunächst in der EU durch die Einführung von Mindeststeuersätzen und dem Verbot von Patent-Boxen. (Steuervermeidungsmodell für Unternehmen durch die Deklaration von Gewinnen als Lizenzentnahmen).
- Für hohe und höchste Einkommen sollten weitere Progressionsstufen bei der Einkommensteuer eingeführt werden.
- Die Einführung einer progressiven Vermögensteuer, die so justiert wird, dass das durchschnittliche Vermögenswachstum degressiv wird. In den vergangenen dreißig Jahren wuchsen die Vermögen insgesamt im Durchschnitt auf das Doppelte, die Vermögen über 1 Milliarde im Durchschnitt auf das Siebenfache.
- Die Erhöhung der effektiven Erbschaftsteuer für große Vermögen über 20 Mio. Erbfall. Abschaffung der Steuerbefreiung ab 20 Mio. Erbfall. 2013 lag die durchschnittliche Steuerquote für Erbfälle über 20 Mio. Euro bei 1,5 Prozent bei Erbfällen von unter 300.000 Euro (über dem Freibetrag) lag die Steuerquote dagegen bei über 13 Prozent.